



tion, sich zu bilden“, sagt Mariem Sadik, Bürgermeisterin im Lager Ausserd, die vor den Gefahren eines radikalen Islam und des organisierten Verbrechens unter den jungen Leuten warnt. Fast 80 Prozent der gut ausgebildeten Saharais haben keine Arbeit oder verdienen nur einen Hungerlohn. „Die jungen Leute fragen sich, warum sie zur Schule oder zur Uni gehen sollen, um dann hier in den Camps als Bauarbeiter oder Taxifahrer zu arbeiten“, sagt Sadik.

Bis heute sind die Bewohner der Lager von Hilfe abhängig, während Marokko und internationale Unternehmen in den besetzten Gebieten ihre natürlichen Ressourcen wie Phosphat und Fisch ausbeuten. Zwar hat sich in den Camps eine bescheidene Privatwirtschaft mit Lebensmittelläden, Kamelfleischereien, Friseuren und Autowerkstätten etabliert. Vor Ausbruch der Corona-Pandemie gab es einen gut laufenden Taxiser vice zwischen den Lagern und der algerischen Stadt Tindouf. Selbst einen Pizza bringdienst gibt es.

Von einer autarken Wirtschaft aber kann keine Rede sein. Bis zu 96 Prozent der Bevölkerung benötigt Unterstützung bei der Ernährung, die über das World Food Programm organisiert wird. Die finanzielle Hilfe von NGOs, der EU und der UN wird stetig weniger. Mit den aktuell noch 77 Millionen US-Dollar pro Jahr kann laut dem Saharaischen Roten Halbmond kaum die Hälfte der Bedürfnisse der Bevölkerung gedeckt werden.

Man müsse sich den Vorwurf der Jugend und des Militärs gefallen lassen, zu viel Zeit mit Verhandlungen verloren zu haben, sagt Khatri Addouh, ein hoher Vertreter der Polisario. „Wir kennen das Leid des Krieges. Aber wir haben das Recht, zu den Waffen zu greifen“. So, wie es die Saharais jetzt getan haben – wohl weniger, um den militärisch aussichtslosen Kampf gegen Marokko zu gewinnen, als vielmehr um wieder internationale Aufmerksamkeit zu bekommen für ihren vergessenen Kampf um Selbstbestimmung.

Standpunkt Seite 2

Unabhängigkeit



Aminatou Haïdar wird auch in Bremen sehr geschätzt. FOTO: SIMANDER/DPA

„Weltsicherheitsrat müsste handeln“

FOTO: KOCH



Manfred Hinz ist Professor im Ruhestand für Öffentliches Recht an der Bremer Universität und Kuratoriumsmitglied im Verein Freiheit für die Westsahara.

Herr Hinz, wie schätzen Sie den neu entflammten Konflikt um die Westsahara ein?

Manfred Hinz: Militärisch sind die Saharais Marokko im Zweifel nicht gewachsen, aber es gibt eine politische Dimension der neuen Kämpfe. Die Frente Polisario will durch den Waffengang eine neue Aufmerksamkeit für den Konflikt schaffen, der lange durch die internationale Gemeinschaft gedeckelt wurde. Völkerrechtlich spricht aus meiner Sicht viel für die Saharais. Zu dem Waffenstillstandsabkommen von 1991 gehört auch ein Militärabkommen, gegen das Marokko durch seinen Vorstoß in die Pufferzone zwischen den besetzten Gebieten der Westsahara und Mauretanien verstoßen hat.

Die Saharais haben eine zentrale Handelsstraße blockiert, die es rein rechtlich nicht geben dürfte. Wie kann das unter Beobachtung der UN-Mission Minurso passieren?

Der Bau der Straße, gegen den die Saharais schon mehrfach protestiert haben, ist eine Verletzung des Militärabkommens. Schon 2016 wäre die Situation fast eskaliert. Welche Anweisungen die Minurso dazu von der UN bekommen hat, weiß ich nicht. Aber es muss natürlich eine Garantie für den Status quo geben, dass jede Partei auf ihrer Seite bleibt. Was würde Marokko tun, wenn die Polisario eine Straße von Tifariti in den befreiten nach El Aaiun in den besetzten Gebieten bauen würde?

Wie schätzen Sie die Rolle Marokkos und Algeriens aktuell ein? Marokko zeigt sich trotz der Angriffe erstaunlich zurückgenommen.

Marokko versucht sich in der Öffentlichkeit als die gute Seite darzustellen. Dabei hat der König jetzt einen Grenzwall entlang der geräumten Straße bauen lassen und damit die Mauer über die Pufferzone hinaus bis an die Grenze nach Mauretanien verlängert. Was Algerien betrifft: Das Land leistet vielfältige Unterstützung für die Saharais, ist aber innenpolitisch geschwächt und dürfte kein Interesse an einem eskalierenden Konflikt mit Marokko haben.

Was kann den Konflikt deeskalieren?

Der Weltsicherheitsrat müsste eine Dringlichkeitssitzung einberufen und Marokko und die Polisario wieder an den Verhandlungstisch bringen. Die EU könnte über ein Aussetzen ihrer Handelsverträge mit Marokko wirtschaftlichen Druck aufbauen. In Deutschland muss man aufhören, sich ständig hinter dem Rücken der UN zu verstecken.

Das Gespräch führte York Schaefer.